



Telegraphische Depesche der Thorner Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.
Warschau, 21. März. Wasserstand gestern 7 Fuß, heut 6 1/2 Fuß. Kein Eisgang.

Tagesbericht vom 21. März.

Florenz, 20. März, Morgens. Das Journal „Economista“ theilt mit, daß demnächst ein königliches Decret zu gewärtigen sei, durch welches die Ausgaben für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, einschließlich des Gesandtschafts- und Consularpersonals durch einzuführende Ersparnisse auf das Nothwendigste reducirt werden sollen. — Demselben Blatte zufolge hätten auch die britischen Kronjuristen dem Projecte des Vicekönigs von Egypten in Betreff der Reorganisation der ägyptischen Gerichte im Principe zugestimmt. Man glaube indeß, daß die betheiligten Mächte, obwohl sie die Nothwendigkeit von Reformen anerkennen, eine gründliche Reform ohne Mitwirkung aller Mächte, die in Egypten so zahlreiche Interessen haben, für unmöglich halten. Briefen aus Rom zufolge fand gestern auf Befehl des Papstes ein von einem italienischen Bischofe celebrirter Trauergottesdienst zum Andenken Montalembert's statt, dem der Papst persönlich beiwohnte. Wie es heißt, sollte ursprünglich Dupanloup den Trauergottesdienst abhalten, wozu der Papst aber nicht die Genehmigung erteilt haben soll. — Der französische Botschafter Marquis Banneville soll binnen acht Tagen nach Rom zurückkehren.

Reichstag.

Die (24.) Plenarsitzung des Reichstages am 19. d. Mts. war wie gewöhnlich äußerst sparsam besetzt. Nach kurzen geschäftlichen Mittheilungen tritt das Haus sofort in die Tagesordnung ein.

1) Erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Ausgabe von Banknoten. — Dr. Becker (Dortmund) ist erfreut über die Verlage, die um so nothwendiger erscheine, als noch kürzlich im Fürstenthum Neuß eine Bank mit der Befugniß zur Ausgabe von zwei Millionen Thaler Noten koncessionirt sei, ohne dem entsprechend fundirt zu sein. Durch ein solches Verfahren würden die übrigen Staaten

Berlin, den 20. März.

Welch eine nüchterne, poesie- und wiglose Zeit, die heurige Frühlingssanfang ist gekommen, wenigstens behauptet es der Kalender; aber der laue Frühling, der den Schnee wegwischt und Gräser und Blumen zu neuem Leben erweckt, will sich noch immer nicht einstellen und Feld und Flur hüllt sich noch fest in das winterliche Leichentuch, gleich einem griesgrämigen Alten, der, im Polizeidienste ergraut, die hier und da neugierig hervorlugenden Köpfechen der nachwachsenden Generation gewaltsam und schonungslos niederdrückt. Von dem norddeutschen Reichstage, dem neuen deutschen Völkerfrühling, träumen wir jetzt bereits drei lange Jahre; aber auch er ist nicht im Stande, das um die Herzen unserer süddeutschen Brüder lagernde Eis zu schmelzen, auch er kann nicht den Riß zudecken, den die starre Winterkälte der widerstrebenden Gefühle zwischen Eis- und Transmainanien aufklüftete. Die dürftigen Eisblumen, welche uns der Reichstag und sein jüngerer hoffnungsvoller Bruder, das Zollparlament, in Gestalt neuer Steuern und erhöhter Militärausgaben baut, gewähren keinen Erlaß für die von dem Bundeskanzler in Aussicht gestellten deutschen Eichen, deren Kronen über dem Main zusammenzuschlagen und so die natürliche Brücke zwischen dem schwerfälligen Norden und dem raschen Süden bilden sollen. Fast möchte man glauben, der Reichstag führe nur noch ein Scheinleben, wenn es nicht hin und wieder dem Clown des Hauses, dem Nachfolger Lassalle's in der Gunst der arbeiterglückenden Gräfin Hapsfeld, dem Abgeordneten Dr. Fritz Wende gelänge, in spiritueller Begeisterung Geister zu citiren und diese zur Belustigung der Herren Kollegen als Wesen von Fleisch und Blut zu präsentiren.

Derlei erweiternde Episoden inmitten des ernstesten Rechnens verschönern auf Momente mit der apathischen Haltung des Reichstages gegenüber dem Einheitsdrange der Nation. Wir haben noch zu viel mit dem Aufspuß des eignen Hauses und der wohllichen Einrichtung desselben zu thun, um uns mit den Nachbarn da draußen befassen zu können; wenn wir sie endlich einladen, uns zu besuchen, sich bei uns häuslich niederzulassen, dann

bedenklich geschädigt. — Minister Delbrück ist von dieser Mittheilung in hohem Grade überrascht, er hat von der in Rede stehenden Bank bis zu diesem Augenblick nicht die geringste Ahnung gehabt. — Dr. Schleiden erblickt in diesem Vorgange die dringende Aufforderung zur Erziehung von Schutzmaßregeln, um die damit versuchte Ausbeutung der größeren Staaten durch die kleinen für immer unmöglich zu machen; Miquel wünscht aus diesem Grunde sogar dem vorliegenden Gesetze rückwirkende Kraft zu vindiciren. Meier (Bremen) hält es für geboten, in den Entwurf noch einen Passus aufzunehmen, der es den kleineren Staaten unmöglich macht, an Stelle der Banknoten Staatspapiergeld auszugeben. — Im gleichen Sinne sprechen sich noch Dr. Löwe, Grumbrecht und Minister Delbrück aus, dann wird die Discussion geschlossen und der Entwurf zur zweiten Lesung gestellt.

2) Fortsetzung der Berathung über das Strafgesetzbuch. Sechster Abschnitt: Widerstand gegen die Staatsgewalt. — Zu § 108: „Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Schriften oder andere Darstellungen, welche verbreitet oder öffentlich angeschlagen oder öffentlich ausgestellt werden, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder Verordnungen oder gegen Anordnungen der Obrigkeit auffordert, oder wer in gleicher Weise strafbare Handlungen durch Rechtfertigung anpreist, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.“ — beantragen Fries und Genossen: 1) statt der Worte „durch Schriften“ bis „ausgestellt werden“ zu setzen: „durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderer Darstellungen“; 2) statt der Worte: „zum Ungehorsam“ zu setzen: „zur Widergesetzlichkeit“; 3) statt der Worte: „gegen Anordnungen der Obrigkeit“ zu setzen: „gegen die gesetzlich gerechtfertigten Anordnungen der zuständigen Obrigkeit“; 4) die Worte „oder wer in gleicher Weise“ bis „anpreist“ zu streichen. Pland beantragt: statt der Worte „gegen Anordnungen der Obrigkeit“ zu setzen: „gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen.“ — Frhr. v. Unruhe-Vomst bittet, die Anträge Fries ad 2 und 3 abzulehnen, denn damit beseitige man nicht den Polizeistaat, sondern man untergrabe die Stützen der behördlichen Autorität. — Der Justizminister Dr. Leonhardt schließt sich dem an, weil diese Abänderungen des Gesetzes bedenklicher als alle früheren seien.

soil es eben so hübsch nett und sauber aussehen, daß nichts zu bemängeln bleibt. Augenblicklich beschäftigen wir uns mit der Feststellung der Hausordnung, und wie das so zu geschehen pflegt, treten dabei allerlei Differenzen zwischen Verwalter und Insassen zu Tage. Bizewirth Bismarck verlangte für die schwersten Verfündigungen, als thätliche Beleidigung des Hausherrn u., die schwerste Sühne, den Tod, und fand darin bei den Bewohnern des Parterre und der Belletage, den Geheimräthen, Baronen, Grafen und Fürsten, die wärmsten Fürsprecher; das Publikum des zweiten und dritten Stocks, der Keller und Hinterhäuser schüttelten über diese, weit über die rigorosen Paragraphen der berühmten Reichardt'schen Miethskontrakte weit herausgehenden Bestimmungen aber energisch das Haupt, es drohte zwar nicht mit Auszug, es stellte auch nicht die Verweigerung des Miethszinses in Aussicht, aber es zeigte sich entschieden „tückisch“ und sagte trotzig quod non. Daran war nun allerdings nichts zu ändern; als jedoch der Bizewirth verdrießlich im Hause herum schnupperte, da ging auch der zweite Stock in sich und ist eben dabei, die muthwilligen Beschädiger des Grundstücks, so man in der politischen Sprache mit dem terminus technicus Hoch- und Landesverräther bezeichnet, gründlich hineinfallen zu lassen, denn auf jedes solcher Gelüste wird Verlesung nach den Arbeitswerkstätten auf der Schattenseite des Grundstücks angedroht, was man im gewöhnlichen Leben Zuchthausstrafe nennt. Es geht doch nichts über eine gemüthliche Hausordnung. Um so mehr muß es verwundern, daß die Leute im Keller und in den Hinterhäusern, aufgeschwemmt von einem sozialdemokratischen Wunderdoktor, der à la Eisenbart alle Schäden „Krieg bis auf's Messer“ kuriren zu können vermeint, diese wunderschöne Ordnung nicht begreifen wollen, daß sie in jedem Bewohner des Vorderhauses einen Reaktionsär und Bourgeois, d. i. einen angehenden Hauswirth erblicken, und nicht eher Ruhe halten zu können vorgeben, bis sie selbst sich in der Bel-Étage als „intelligente Bummler“ installirt haben.

Was das nun für sozialdemokratische Narrheiten sind! Trachtet denn nicht unser nüchternes Zeitalter mit

v. Unruh (Magdeburg) tritt entschieden für die gestellten Anträge ein, denn die Regierungsvorlage lasse sich mit einem Rechtsstaate absolut nicht vereinigen, der norddeutsche Bund würde dadurch zu einem Polizeistaate herabgewürdigt werden, und er könne nicht wünschen oder annehmen, daß man dies wünsche. Allerdings verlange auch er Achtung vor den Behörden, aber zuerst Achtung vor dem Gesetze; die Achtung vor dem Gesetze werde jedoch wesentlich gefördert, wenn Jeder wisse, daß der Beamte ebenso wie der Bürger unter dem Gesetze stehe, daß es den Behörden ganz unmöglich ist, die Gesetze zu mißachten. Man möge sich doch nur an die vor einigen Jahren hier in Berlin herrschende Polizeiwilkkür erinnern, die nach Recht und Gesetz nicht einen Pfifferling fragte, so daß ihm (Redner) ein Berliner Polizeipräsident die Worte in's Gesicht schleuderte: „Was reden Sie denn da vom Rechte; ich will es so, und dabei bleibt es!“ Lieber wolle er auf das Zustandekommen des ganzen Gesetzes verzichten, als den § 108 in der Regierungsvorlage annehmen. (Bravo! links.) — Bundeskommissar Dr. Friedberg empfiehlt nur die unveränderte Annahme des Paragraphen; hier handle es sich weder um den Polizeistaat, noch um den Rechtsstaat, noch um die Lehre von dem unbedingten Gehorsam überhaupt, sondern darum, ob der Staat zur Aufrechterhaltung der Autorität der Obrigkeit zuerst Gehorsam zu verlangen hat. — Wagener (Neustettin) sekundirt dem Bundeskommissar. Man scheine hier von der Voraussetzung auszugehen, als ob die Verletzung des Gesetzes durch die Beamten die Regel, die Befolgung desselben die Ausnahme sei, während notorisch in Preußen das Gesetz nie willkürlich verletzt wurde. Nämlich man die Fries'schen Anträge an, so hätte jeder Einzelne das Recht, öffentlich zur Steuerverweigerung aufzufordern, ein Recht, das er nicht einmal politisch für zweckmäßig halte. — Lasker: Vordredner habe mit besonderem Gewichte betont, daß in England Jeder bestraft werde, der einem Beamten Widerstand leiste, aber verschwiegen, daß dort jede ungesetzliche Amtshandlung den Verlust des Amtes nach sich ziehe; Hr. Wagener kenne eben die englischen Gesetze nicht. Die Regierungsvorlage verlange unbedingten Gehorsam für die obrigkeitlichen Anordnungen, das sei der absolute Polizeistaat, die Anträge Fries wollen, daß dieser Gehorsam in einem Gesetze wurzeln, und das sei der Rechtsstaat. Durch die Annahme der Anträge werde die Autorität der Obrigkeit

allen Fiebern dahin, die Poesie, welche sich bisher um den Reichthum wohnt, mit eherner Hand zu zerstören, den Besitz, das goldne Kalb, den Mammon, auch ohne Zuthun der 89 procentigen Grundstücken des Staates zu demokratisiren und popularisiren? Und warum bietet das Volk nicht dem Glücke die Hand, das sich ihm, ganz nach Art der feilen Dirnen, förmlich aufdrängt? Die Besessenen thun wahrlich ihre Schuldigkeit, sich des Geldes zu entledigen, wie der reiche Ausfall des „Asylbazars“ und die Ueberzeichnung der im Laufe dieser Woche auf den Börsemarkt geworfenen Spekulationspapiere zeigt; aber warum halten die Arbeiter die Hände nicht auf, um den Segen einzuheimsen? Liegt doch das Geld jetzt wirklich buchstäblich auf der Straße. In dieser Woche wurden allein 300 Millionen Franken türkische Prämien-Anleihe emittirt, bei der man in Zeit von 6 Wochen gegen Einzahlung von 8 preussischen Thalern 600,000 Franken gewinnen kann, außerdem 5 Millionen Rubel russische Bodencredit-Pfandbriefe, ein, wie man sagt, ganz sicheres Papier, das zum Kurse von 81 fünf Procent Zinsen für ewige Zeiten einbringt, wenn sich die Herren Polen hübsch artig verhalten; ein hiesiger Brauer erklärte sich bereit, sein Geschäft für den lumpigen Preis von einer runden Million Thaler an eine Aktiengesellschaft zu verkaufen, bloß um an seinem bisherigen Verdienste auch die übrige Menschheit participiren zu lassen u. nebenbei auch billigeres u. besseres Bier zu schaffen; und zu allem Ueberflusse kam noch ein bekannter „Geber“ und ließ den Besessenden mit der Kleinigkeit von 2 Millionen Thaler zur Aber, um der hart beängstigten Kommandantenstraße eine vermehrte Frequenz zuzuführen, was eine Anzahl neuer Arm- und Beinbrüche und damit eine großartige Erwerbsquelle für Chirurgen und Doktoren zur Folge haben muß, mithin direkt zur Hebung des Nationalwohlstandes beiträgt? Warum theilt sich das „Volk“ nicht an diesen wohlthätigen wirtschaftlichen Unternehmungen? Das ist auch eine Folge des um sich greifenden „Klassenbewußtseins“ der Arbeiter, die in all diesen wohlthätigen finanziellen Conspirationen nur den puren Schwindel erblicken. Merkwürdig kurzsichtige Leute, das!

